

Zivilgesellschaft unter Damokles-Dekreten

Was verbindet den Verein Körperlich Behinderter in Ankara, den Südost Tigris Sportverein in Diyarbakır, den Ökologischen Verein in Gaziantep, den Smyrna Sozialistische Jugendverein in Izmir, den Verein der Demokratischen Araber in Mardin und den Entwicklungsverein der Dörfer in Rize? All diese Vereine wurden durch Dekrete seit Ende Juli 2016 geschlossen und ihr Vermögen staatlicherseits konfisziert, weil ihnen vorgeworfen wird, „mit terroristischen Organisationen in Verbindung zu stehen oder, weil der Nationale Sicherheitsrat festgestellt hat, dass sie zu Strukturen, Formationen oder Gruppen gehören oder mit diesen verbunden sind, die gegen die nationale Sicherheit handeln.“ Die Liste ließe sich übrigens verlängern. Nicht ins Unendliche, aber immerhin auf über 1500 betroffene Vereine.

Dekrete mit Gesetzesrang (Türkisch: KHK) können nur im Ausnahmezustand verabschiedet werden, der in der Türkei seit dem 20. Juli 2016 für ursprünglich drei Monate galt, bisher aber vier Mal verlängert wurde. Die Dekrete werden direkt vom Kabinett verabschiedet, ohne Parlamentsbeteiligung und ohne Einspruchsrecht (erst später wurde eine Kommission gegründet, bei der man Einspruch einlegen kann). Mit den Dekreten soll den Drahtziehern des gescheiterten Putsches vom 15. Juli 2016, der FETÖ (Fethullahistische Terrororganisation), die zuvor als Gülen-Gemeinde bekannt war und sich selber Hizmet-Bewegung (Dienst) nennt, der Garaus gemacht werden. Der Feldzug gegen FETÖ begann aber nicht erst nach dem Putschversuch. Gegen Nachhilfeschulen, Medien, Firmen und Universitäten der Bewegung, die auch sehr aktiv im Ausland ist, wurde bereits seit 2013 verstärkt vorgegangen. Unter den 1500 geschlossenen Vereinen sind sicherlich auch Vereine, die der Gülen-Bewegung nahe stehen, aber eben auch sehr viele, die nichts mit ihr zu tun haben. Gerade linke, sozialistische, feministische, kurdische oder alevitische Vereine haben keinerlei Affinität zu einer türkisch-islamistischen Bruderschaft. Ihr Vergehen ist, potentiell regierungskritisch zu sein.

Wie geht es einer Zivilgesellschaft in einer Situation, in der monatlich mit neuen Dekreten, Vereine und Stiftungen verschiedenster Couleur geschlossen werden können? Quantitativ eigentlich gar nicht so schlecht. Anfang August 2017 gab es in der Türkei 110 858 aktive Vereine. Da nach dem Militärputsch vom September 1980 neben politischen Parteien und Gewerkschaften auch alle Vereine und Stiftungen geschlossen wurden, ist das in etwas mehr als 30 Jahren eine beeindruckende Entwicklung für eine traditionell wenig organisierte Gesellschaft. Auch in den letzten Jahren konnte die Zahl der registrierten Vereine noch gesteigert werden. Waren es 2000 knapp über 60 000, gab es 10 Jahre später gut 85 000 Vereine.

Schaut man sich die Liste der Vereine nach Tätigkeitsgebiet näher an, fällt aber auf, dass die in den Medien häufig genannten Menschenrechtsvereine mit nur 1,4 Prozent einen geringen Teil ausmachen. Ähnlich steht es um Kulturvereine mit 5 Prozent und Hilfsvereine mit 5,2 Prozent. Die mit Abstand größte Anzahl sind Vereine von Berufsgruppen mit 31 Prozent, gefolgt von Sportvereinen mit 19,5 Prozent und religiösen Vereinen wie Moscheevereinen mit 16,4 Prozent. Zusammen machen diese drei Kategorien fast zwei Drittel aller Vereine aus.

Trotzdem kann man mit Fug und Recht bis Sommer 2016 von einer vielfältigen und lebendigen Zivilgesellschaft sprechen. Diese Dynamik ist nicht auf Istanbul, Ankara und die westliche Küste beschränkt. Nurcan Baysal, die 2015 zusammen mit Şeyhmus Diken das Buch „Zivilgesellschaft in Kurdistan“ veröffentlicht hat, äußerte sich zur Situation in den kurdischen Provinzen: „Während dieser Forschung habe ich gesehen wie lebendig, vielfältig, widerstandsfähig und stark entwickelt die Zivilgesellschaft in Kurdistan ist.“ Baysal spricht von einem Alptraum für die Zivilgesellschaft nach dem Putschversuch vom 15. Juli, der besonders heftig im Südosten des Landes zu spüren ist, wo sehr viele Vereine geschlossen wurden. Trotzdem ist Baysal nicht allzu pessimistisch, was die Auswirkungen dieser Schließungen anbetrifft, weil „die Aktivisten von geschlossenen NGOs versuchen ohne institutionellen Rahmen ihre Arbeiten fort zu führen. Plattformen gründen sich, einige machen unter anderem Namen weiter, die Arbeiten gehen in anderen Lokalisationen weiter, manchmal auch einfach in Cafés. In diesem Prozess steigt die Solidarität und wird weiter wachsen.“

Auch Osman Kavala, Geschäftsmann und Gründer des Vereins Anadolu Kültür, sieht noch nicht schwarz für zivilgesellschaftliches Arbeiten, differenziert aber. „In Istanbul können wir praktisch unbehelligt arbeiten, wir führen unsere Projekte weiter. Problematischer ist es mit Projekten in anderen Teilen des Landes, gerade im Südosten und bei sensiblen Themen. Da nehmen wir uns deutlich zurück.“

Mit zunehmender Länge des Ausnahmezustands verdüstert sich das Bild aber. Nachdem mit Dekrete durchweg einheimische Vereine geschlossen wurden, traf es im Frühjahr 2017 auch internationale bzw. ausländische Vereine. Am 7. März verkündete Mercy Corps, eine US-amerikanische Hilfsorganisation, die von der Türkei aus Flüchtlingen in Syrien geholfen hat, dass die türkischen Behörden keine Registrierung mehr für Arbeiten in der Türkei erteilt hatte. Die seit 2012 in der Türkei tätige NGO, musste daraufhin alle Aktivitäten einstellen. Andere internationale Hilfsorganisationen, die noch in der Türkei tätig sein können, haben begonnen, Personal nach Erbil, Dohuk oder Amman zu verlegen.

Auch deutsche Stiftungen sind wieder Ziel von Verleumdungskampagnen in regierungsnahen Medien. So wurden die politischen Stiftungen seit Frühjahr in mehreren Artikeln beschuldigt, entweder terroristische Gruppen zu unterstützen oder Spionage zu betreiben. Ähnliche Anschuldigungen wurden zuletzt Anfang der 2000er Jahre erhoben, als den Stiftungen und dem Orient-Institut vorgeworfen wurde, Proteste gegen den Goldabbau bei Bergama (Pergamon) zu unterstützen. Damals endete ein Gerichtsprozess im März 2003 mit einem Freispruch,

knapp ein halbes Jahr nach dem ersten Wahlerfolg der AKP, deren Spitzenpersonal deutlich machte, die Anschuldigungen nicht zu teilen und auf einen Freispruch zu hoffen.

14 Jahre später ist man von einer solchen Situation weit entfernt. Die Luft zum Atmen wird für die Zivilgesellschaft in der Türkei immer dünner. Ein gravierendes Beispiel war Anfang Juli die Verhaftung von acht Menschenrechtlern und zwei ausländischen Seminarleitern auf der größten Prinzeninsel vor der Küste Istanbuls. Einheimische Mitarbeiter von international bekannten und geschätzten Vereinen wie Amnesty International, der Helsinki Citizens' Assembly, des Menschenrechtsvereins IHD und weiterer Menschenrechts- und Frauenvereinen, hatten sich zu einem Seminar über Datensicherheit und Stressbewältigung getroffen. In den Mails der Organisatoren, die der Staatsanwaltschaft vorliegen, wurde betont, dass die TeilnehmerInnen auch passende Kleidung für Swimmingpool und Meer mitbringen sollen. Nach den ersten zwei Tagen des Seminars, veröffentlichte eine der Teilnehmerinnen Fotos auf ihrem Instagram Profil vom Hotel, das namentlich erwähnt wurde. Als am Morgen des 5. Juli die Inselpolizei auf Grund einer Denunziation eines nationalistischen Übersetzers, das Seminar stürmte, hatte die regierungsnah Presse ihr Urteil schon gefällt. Die Teilnehmer dieses „geheimen“ und „konspirativen“ Treffens hätten kurz vor dem Jahrestag des Putschversuches, einen weiteren Putschversuch geplant oder wenigstens ein zweites Gezi, mindestens seien sie Agenten. Für den AKP-Abgeordneten Orhan Deligöz handelte es sich um ein „verräterisches Treffen, hinter dem der CIA und MI6 stehen.“ Der Beweis für die Agententätigkeit des deutschen Seminarleiters Peter Steudtner ist, dass er sich im für jeden öffentlich zugänglichen Programm Elefant des Auswärtigen Amtes registriert hat. Eine weitere Verhaftete, Özlem Dalkıran, hatte im September 2004 eine internationale Menschenrechtskonferenz in Zusammenarbeit und unter Beteiligung der AKP organisiert. Die Schlussrede hielt der damalige Ministerpräsident Erdoğan, der unter großem Beifall sagte, „ein Sicherheitsverständnis, das Freiheiten einschränkt, gefährdet auf lange Sicht die Sicherheit.“

Für die Zivilgesellschaft in der Türkei ist beides ausgesetzt, Freiheit und Sicherheit. Ohne eine Abkehr vom Ausnahmezustand wird sich die Situation kaum verbessern, eher noch verschlechtern. Aller Voraussicht nach wird der Ausnahmezustand bis zu den nächsten Wahlen aufrechterhalten werden, d.h. bis 2019. Ein zu langer Alptraum.

Autor

Ekrem Eddy Güzeldere ist politischer Analyst und Berater, der seit 2005 in Istanbul lebt. Nach einem Studium der Politikwissenschaft an der FU Berlin und des Euromasters, arbeitete er im Europäischen Parlament und für eine Kommunikationsagentur in Rom. In Istanbul war er für eine deutsche politische Stiftung und eine internationale Denkfabrik tätig. Von 2015 bis 2016 hat er eine Doktorarbeit an der Universität Hamburg über die Beziehungen zwischen der Türkei und Brasilien geschrieben.

Kontakt: guzeldere@gmx.net

Redaktion**BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland**

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel.: +49 30 62980-114

europa-bbe@b-b-e.de

www.b-b-e.de